

# ***Als Politiker Christ sein – als Christ Politik machen.***

## **Rede**

**von Bundesminister**

**Dr. Wolfgang Schäuble**

**anlässlich der Sammlungseröffnung für das Passionsopfer  
des Gustav-Adolf-Werkes  
am 1. März 2006 in Offenburg**

Es ist nicht weiter überraschend, dass wir heute morgen vom so genannten Karikaturen-Streit sprechen. Denn er hat ja viel zu tun mit dem Thema christlicher Werte in der Politik oder dem Verhältnis von christlichen Werten und politischer Verantwortung. Die allermeisten von uns – besonders der Bundesinnenminister in seiner politischen und amtlichen Verantwortung – müssen in dieser Frage eindeutig Stellung beziehen. Die Pressefreiheit ist ein so hohes Gut für die Entwicklung der freiheitlichen Demokratien in Europa, dass sie nicht gefährdet werden darf. Es gibt in dieser Debatte zwei wichtige Aspekte:

Der erste ist, dass die politischen Rahmenbedingungen für Freiheit nun einmal so sind, dass man es auch ertragen muss, wenn in den Medien etwas veröffentlicht, geschrieben, gesendet, gedruckt oder gezeichnet wird, was einem nicht gefällt. Wenn wir das aufgeben und jetzt anfangen würden, es zu akzeptieren, dass sich Regierungen für Karikaturen entschuldigen, die irgendeine Zeitung veröffentlicht hat, dann würden wir die Axt an die Wurzeln unserer Freiheitsordnung legen. Denn wer bestimmt dann, welche Karikatur erscheinen darf?

Bei vielem, was man in den Medien und der Öffentlichkeit sieht, fragt man sich schon: Sollten wir uns nicht ein Stück weit mehr zurückhalten oder mehr Rücksicht nehmen? Aber man darf natürlich nicht deswegen gewalttätig werden, weil in dänischen Zeitungen Karikaturen gedruckt werden, die einem nicht gefallen. Nun ist die

Debatte da. Und sie kann ja auch ein Anstoß für andere sein – zum Beispiel für evangelische und katholische Christen, für Christen überhaupt –, um darüber nachzudenken, ob man nicht im Umgang mit religiösen Inhalten und Symbolen, mit Glauben, etwas mehr Respekt und Ehrfurcht haben und selbst von denjenigen erwarten oder erbitten sollte, die diesen Glauben oder diese religiöse Überzeugung nicht teilen. Viele unter uns Christen finden es gar nicht so schlecht, dass die Muslime uns dazu bringen, uns ein bisschen stärker mit der Frage zu beschäftigen, ob wir nicht eigentlich ein bisschen sehr lax geworden sind.

In der Debatte mit den Muslimen haben wir in diesen Monaten gelernt, dass wir gar nicht viel Respekt erwerben, wenn wir mit unseren eigenen Glaubensinhalten großzügig umgehen. Wenn wir sagen, dass wir niemandem etwas zumuten wollen, wenn wir schön zurückhaltend sind, damit sich niemand unter Druck gesetzt fühlt, führt das zu der alten Erfahrung, dass derjenige, der mit sich selbst nicht einigermaßen im Reinen ist, für andere schwer erträglich ist. Wer nicht zu seinem eigenen Glauben steht, erhält von Menschen, die einen anderen Glauben haben, auch nicht viel Respekt. Als Grundlage für Toleranz und einen interreligiösen, kulturellen oder auch multikulturellen Dialog ist es notwendig, selbst einen Standpunkt oder – religiös ausgedrückt – einen Glauben zu haben, für den man eintritt. Mit Beliebigkeit erzielt man keinen Respekt. Das scheint mir die erste und ganz bedenkenswerte Erfahrung aus dieser Debatte zu sein.

Aber das viel Wichtigere, was ich aus der Sicht des Politikers sagen möchte, ist, dass eine freiheitliche Ordnung nach meinem Verständnis viel mit Christentum zu tun hat. Eine freiheitliche Ordnung setzt voraus, dass diejenigen, die dieser Ordnung angehören, ein gewisses Maß an Gemeinsamkeit haben: eine Gemeinsamkeit, die ihnen nicht durch Zwang verordnet wird, sondern deretwegen sie zusammengehören und die sie auch ertragen lässt, dass die Gemeinschaft – eine Stadt, ein Land oder ein Staat – sie in die Pflicht nimmt; eine Gemeinsamkeit, deretwegen sie akzeptieren, dass die Gemeinschaft Regeln vorgibt, die man einhalten soll – auch dann, wenn keine Polizei vor Ort ist, um einen Verstoß zu bestrafen.

Das wäre ja auch ein furchtbarer Staat, in dem – wie bei Orwell beschrieben – alles nur funktioniert, weil es reglementiert, kontrolliert und überwacht wird. Das wäre das

Ende von Freiheit und Menschenwürde. Eine freiheitliche Grundordnung setzt voraus, dass die meisten Menschen in der Mehrzahl der Fälle – keiner wird es immer hundertprozentig tun, weil wir ja auch alle Sünder sind – sich daran halten. Manchmal tun wir doch Dinge auch einfach deswegen nicht, weil unser Gewissen oder unsere Sozialisation uns sagt, dass man bestimmte Dinge tut und bestimmte Dinge lässt. Und deswegen verhalten wir uns in der Regel so, dass die Gemeinschaft damit leben und auskommen kann.

Für die Menschlichkeit und für die Freiheitlichkeit einer jeder politischen Ordnung ist dieses gewisse Maß an Gemeinsamkeit ungeheuer wichtig. Da kann man jetzt fürchterlich komplizierte Debatten führen über Leitkulturen und dergleichen mehr. Ich halte von diesen künstlichen Debatten nicht so viel. Aber wenn man nicht bestimmte gemeinsame Vorstellungen hat, wie man leben und wie man mit anderen zusammenleben möchte, wird das Leben schwer erträglich. Denn das ist die Grundlage jeder Gemeinschaft. Und zu dieser Gemeinschaft – die wir in der politischen Debatte oft Identität nennen – gehört notwendig eine Vorstellung davon, was eigentlich Menschsein ist, was Menschsein bedeutet.

Sie sehen, ich bin bei dieser Aussage weltanschaulich neutral – ganz wie es die Verfassung des Grundgesetzes vorschreibt. Aber diese Vorstellung vom Menschsein gibt es beim besten Willen nicht, ohne dass man sich mit der Frage von Anfang und Ende, vom Davor und Danach, beschäftigt. Denn das sind die großen Fragen, mit denen sich die Menschen immer beschäftigt haben. Und die funktionieren – auch für überzeugte Atheisten – am Ende nicht so ganz ohne Religion. Denn die Fragen nach dem Davor und Danach, nach Anfang und Ende, übersteigen unsere Vorstellungskraft und gehen deswegen über in den Bereich der Religion. Und so ist nach meiner Überzeugung die Religion und der Glaube für die Prägung einer Gesellschaft, für die Grundlegung einer freiheitlichen Ordnung, von unverzichtbarer Bedeutung.

Soweit wir die Geschichte der Menschheit kennen, ist es immer so gewesen. In diesem Zusammenhang steht die Debatte um Leitkultur und Integration, die einen Innenminister sehr beschäftigt. Was heißt eigentlich Integration? Es ist furchtbar kompliziert, das abstrakt zu definieren. So schwierig ist es andererseits auch wieder

nicht, wenn man gefragt wird, was es heißt, Deutscher zu sein: Wenn du in Kehl bist, weißt du, dass du in Deutschland bist, und wenn du in Straßburg bist, weißt du, dass du in Frankreich bist. Wenn man den Unterschied genau definieren müsste, hätte man seine Schwierigkeiten, es ganz scharf abzugrenzen. Aber in Wahrheit weiß und spürt man den Unterschied.

Warum freuen wir uns, wenn deutsche Biathleten oder Eisschnellläufer bei den Olympischen Spielen Medaillen gewinnen? Wir freuen uns dann mehr, als wenn Österreicher oder Norweger gewinnen. Eigentlich unsinnig, aber es ist so. Weil wir uns dieser Gemeinschaft zugehörig fühlen – ebenso wie als Offenburger, Müllheimer oder Gengenbacher dieser Ortsgemeinschaft. Und das hat nicht nur mit gemeinsamen Erinnerungen zu tun oder mit einem gemeinsamen Verständnis von einer gemeinsamen Zukunft. Das hat vor allem viel – wie es der Soziologe Hondrich für mich am überzeugendsten beschrieben hat – mit geteilten Gefühlen und emotionalen Beziehungen zu tun. Und diese Gefühlswelt ist nun wiederum stark geprägt durch die Grundlegung, die Menschen religiös prägt oder nicht. In diesem Sinne ist religiöse Prägung und Überzeugung als Grundlage für eine freiheitliche, dauerhaft stabile – das heißt sich in ihrer Freiheit nicht selbst zerstörende – Ordnung von großer Bedeutung.

Deswegen reicht der nackte Verfassungspatriotismus auch nicht aus. Der Verfassungspatriotismus sagt: Deutsch, französisch oder polnisch – das ist alles nichts Besonderes. Und evangelisch, katholisch oder islamisch ist auch nichts Besonderes. Es gibt eine Verfassung, zu der bekennt man sich und das prägt alles.

Damit können Sie aber nicht erklären, warum einer Franzose oder Deutscher ist – denn die Prinzipien der Verfassung sind ziemlich ähnlich. Franzose oder Deutscher zu sein heißt mehr als sich zu einer bestimmten Verfassung zu bekennen. Es ist etwas anderes, eine unterschiedliche Prägung. Es ist die Grundlage für den Zusammenhalt. Und wenn eine solche Grundlage nicht vorhanden ist, wird sich jede freiheitliche Ordnung selber zerstören. Nur dort, wo wir bereit sind, andere zu respektieren und uns für sie oder die Allgemeinheit einzusetzen, sind wir auch in der Lage, eine Gemeinschaft zu erhalten. Es lebt ja keiner für sich allein. Das hat auch mit der

Frage nach dem Anfang und Ende zu tun. Man kommt allein nicht in diese Welt; und allein raus wäre auch nicht so besonders schön.

Das bringt mich zu der Frage, ob eine freiheitliche, offene und tolerante Gesellschaft überhaupt möglich ist, wenn ich sage, dass diese Gesellschaft auch stark durch christliche Werte geprägt ist. Ist das nicht eine Absage an die Offenheit einer Gesellschaft und an die Toleranz gegenüber anderen? Ich glaube nicht. Damit komme ich dem christlichen oder meinem christlichen Verständnis näher: Wir glauben ja an die Gottesebenbildlichkeit des Menschen, und wir sagen, dass jeder Mensch, jeder – unabhängig von Geschlecht, Alter, sozialer Schicht, Herkunft, Verdienst, Hautfarbe, Religion – Gottes Geschöpf ist.

Wenn das so ist, darf man religiöse Überzeugung nicht zum Maßstab weltlicher Ordnung machen. Hier hat sich die Christenheit über lange Jahrhunderte im Mittelalter ähnlich dumm verhalten, wie wir es jetzt bei anderen empfinden. Wenn Sie heute die Auseinandersetzung im Irak zwischen Schiiten und Sunniten sehen, so denken Sie einmal an den Dreißigjährigen Krieg. Wir Christen brauchen wirklich nicht mit Überheblichkeit auf andere zu schauen. Wir können allenfalls sagen: Die Fehler, die ihr jetzt macht, haben wir schon lange gemacht. Zieht daraus die Erkenntnis, dass man so etwas nicht machen sollte.

Wenn der Satz von der Gottesebenbildlichkeit jedes Menschen unabhängig von seiner Religion richtig ist, darf ich religiöse Überzeugung nicht eins zu eins in weltliche Ordnung umsetzen – das führte zu Fundamentalismus. Den gibt es heute vor allem im Islam. Es gibt ihn und gab ihn aber auch in anderen Religionen. Fundamentalismus ist die Absage an Toleranz, an der wir festhalten müssen. Wir haben auch in unserer Christenheit wieder Tendenzen zu fundamentalistischen Bestrebungen. Wenn Sie beobachten, was sich im Bereich evangelischer Kirchen zum Teil entwickelt, zum Beispiel in Gemeinden in Afrika, so bin ich nicht sicher, ob für alle Zeiten ausgeschlossen ist, dass wir auf Fehlentwicklungen anderer Religionen nicht auch wieder mit eigenen Fehlentwicklungen reagieren. Wir sollten versuchen, dem zu widerstehen.

Die Gottesebenbildlichkeit des Menschen ist die religiöse Grundlegung der Menschenwürde. Die Würde des Menschen ist unantastbar – das steht in Artikel 1 unseres Grundgesetzes. Er ist eine Reaktion auf die katastrophalen Erfahrungen in der Nazi-Zeit. Nur die Menschenwürde ermöglicht die Universalität der Menschenrechte, die Grundlage jeder freiheitlichen Ordnung und jeder Toleranz sind.

Die Gottesebenbildlichkeit des Menschen steht in enger Verbindung mit dem Doppelgebot der Liebe zu Gott und den Menschen. Liebe deinen Nächsten wie dich selbst. Das wiederum ist Grundlage einer Ordnung – so unvollkommen, wie wir Menschen eben Ordnungen machen. Und wie unvollkommen es ist, merkt man ja, wenn man sich anschaut, was die Politiker so für einen Blödsinn machen und wie sie nichts besser hinbekommen. Das ist die menschliche Unvollkommenheit. Glauben Sie ja nicht, dass Sie besser wären, wenn Sie an meiner Stelle oder an der eines anderen Politikers wären. Wir kriegen es als Menschen einfach nicht besser hin, das ist die Begrenztheit der Menschen insgesamt.

Das Doppelgebot der Liebe ist die Grundlage für einen funktionierenden Sozialstaat. Das Prinzip des Sozialstaats besagt, dass man Verantwortung für den anderen hat. Dieses Prinzip ist die Voraussetzung für die Menschlichkeit jeder Ordnung. Denn wenn man sich für andere und für die Schwächeren nicht verantwortlich fühlt, wird es eine inhumane, unmenschliche Ordnung. Und es ist immer besser, wenn man dies bedenkt, solange man glaubt, selbst noch nicht betroffen zu sein, weil es einen schnell selbst betreffen kann.

Wenn die Würde jedes Menschen unantastbar ist, dann muss menschliche, muss politische Ordnung auch für den Schwachen eintreten. Nach meiner Überzeugung hängt dieses Verständnis mit dem christlichen Menschenbild zusammen. Also ist eine vom Glauben getragene Grundlage einer freiheitlichen Ordnung durchaus mit Offenheit und Toleranz vereinbar. Wenn man sich die großen, jedenfalls die großen monotheistischen Religionen anschaut, findet man dort, wenn auch in unterschiedlicher Form, dieses Doppelgebot der Liebe. Und Gottes Ebenbildlichkeit wahrscheinlich auch. Das ist für den interreligiösen und interkulturellen Dialog von großer Bedeutung.

Einen Grundsatz, der nach meiner Überzeugung sehr wichtig ist, drücke ich immer mit einem schönen Satz des katholischen Bischofs Reinelt aus, den er in Dresden beim 50. Jahrestag der Dresdner Bombennacht gesagt hat: „Wo immer in der Welt einer nicht mehr weiß, dass er höchstens der Zweite ist, da ist bald der Teufel los.“ Durch all die unglaublichen Fortschritte, die uns Technik und Naturwissenschaften bringen, sind wir mehr und mehr in der Gefahr zu glauben, wir könnten alles machen, – und sehen dann, dass es doch nicht funktioniert.

Das Wissen, dass es Unverfügbares gibt, weil es einen Anfang und ein Ende, ein Davor und ein Danach gibt, bewahrt uns – oder könnte uns jedenfalls vor der Versuchung bewahren – zu glauben, wir könnten alles machen, obwohl wir es am Ende doch nicht können. Wir sind ja auch begrenzt. Ich sage immer – aber vielleicht sind andere da ein Stück weiter als ich –, dass ich mir Grenzenlosigkeit von Raum und Zeit eigentlich nicht wirklich vorstellen kann auf dieser Welt. Das Irdische ist die Begrenztheit von Raum und Zeit, und das andere ist ein Stück weit jenseits unserer Vorstellung. Natürlich weiß ich auch – das lesen wir ja und versuchen es auch zu verstehen – um den Urknall, die schwarzen Löcher und was sich in der Astrophysik alles tut. Und wir sehen voller Faszination auf die modernen Wissenschaften, wie sie immer kleinere Einheiten entschlüsseln. Aber es bleibt ein Wunder und damit unverfügbar.

Es ist auch interessant, dass alle monotheistischen Religionen diesen Gedanken kennen. Ich glaube, dass auch bewusste Atheisten darüber nachdenken und dass auch sie in aller Regel nicht ohne irgendetwas auskommen, was außerhalb menschlicher Verfügung ist – und wenn es die Idee der Gerechtigkeit oder die Ideale der Französischen Revolution sind. Wir Menschen brauchen einen Fixpunkt außerhalb unseres Lebens, um Orientierung zu haben. Und deswegen verstößt unser Grundgesetz auch nicht gegen irgendein Toleranzgebot oder das Gebot weltanschaulicher, religiöser Neutralität, wenn es darin heißt: „In der Verantwortung vor Gott und den Menschen hat sich das deutsche Volk diese Verfassung gegeben.“

Dieser Satz drückt aus, dass es etwas gibt, über das wir nicht selber verfügen können, und dass wir uns dessen bewusst sind. Das ist auch eine Lehre aus der Barbarei der Nazi-Zeit, in der man geglaubt hat, man könne alles und es sei alles verfü-

bar. Dass es unverfügbare Bereiche gibt, hat viel mit christlicher Überzeugung zu tun. Ich hätte mir übrigens auch gewünscht – und wünsche es mir immer noch –, dass genau diese Einleitung auch in einer europäischen Verfassung steht, wenn wir sie einmal bekommen. Diese Einleitung stößt niemanden ab und grenzt niemanden aus. Sie sagt nur, dass wir wissen, dass es Unverfügbares gibt und geben muss, wenn Freiheit und Menschenwürde nicht am Ende verkommen sollen.

Dazu gehört auch, dass sich so wahnsinnig viel verändert. Man bekommt ja manchmal fast Angst, ob wir diesen atemberaubenden Wandel noch beherrschen können. Ich habe das gerade in der Golfregion erlebt, in der ich zum ersten Mal gewesen bin – in der katarischen Hauptstadt Doha: Das ist eine unwirkliche Welt am Rande der Wüste, eine moderne Stadt, die innerhalb von nur zwei bis drei Jahren in unglaublichem Luxus hochgezogen wurde.

Aber der erschütternd schnelle Wandel erfasst alle Strukturen: Beobachten Sie einmal auf irgendeinem Bahnhof oder Flugplatz die Leute, die mit dem Handy am Ohr herumlaufen und nicht mehr miteinander reden, weil sie nur noch telefonieren. Auch der Einzelhandel wird sich demnächst verändern: Leute, die mehr davon verstehen als ich, sagen, dass in ein paar Jahren 40 Prozent aller Sachen im Internet gekauft werden. Das heißt, dass wir dann für unsere Einkäufe nicht mehr wie bisher in Ladengeschäfte gehen.

Manchmal habe ich die Sorge, wir könnten in diesem Tempo von Veränderungen das Maß verlieren. Wir sind in der Geschichte der Menschheit ja immer auch fähig gewesen, das, was wir selber entwickelt und geschaffen haben oder was uns geschenkt wurde, durch Übertreibung zu zerstören. Das ist nach meinem Verständnis die Geschichte vom Turmbau zu Babel oder von dem Tanz ums goldene Kalb. Es gibt viele Beispiele. Deswegen glaube ich, dass es das Wichtigste ist, dankbar für das zu sein, was uns geschenkt ist.

Wir haben ja auch eine Maßlosigkeit des Jammerns. Das können wir Protestanten übrigens besonders gut. Wir können uns in eine solche Lage versetzen, dass wir am Ende überzeugt sind, schwerer als wir hat es kaum jemand. Und jetzt stelle man sich einen Moment lang vor, Menschen aus anderen Teilen der Welt würden uns betrach-



ten und sagen: Jetzt jammern die auch noch! Oder Menschen, die vor fünf oder nur drei Generationen gelebt haben, würden sehen, wie wir leben und sagen: Jetzt sind die noch nicht einmal zufrieden und dankbar, sondern brechen vor Jammer und Problemen schier zusammen.

Wir klagen ja inzwischen darüber, dass alles nicht nur leicht ist. Es ist nicht nur leicht, dass wir viel länger leben dürfen als früher. Ich denke da an einen Satz von Aenne Burda, die am Schluss – die Offenburger wissen das – mit der Last des Altwerdens nicht nur glücklich war. Aber sie sagte: „Wer nicht alt werden will, muss jung sterben.“ Als sie mir einmal klagte, das Altwerden sei nicht schön, habe ich gefragt: „Wären Sie lieber jung gestorben?“ Da hat sie geantwortet: „Nein, das auch nicht.“ Im Übermaß wird alles auch wieder schwierig, und für mich ist daher eines der wichtigsten Dinge – das hat mit dem Unverfügbaren zu tun –, dass wir Maß halten.

Ich glaube, wir werden viele Probleme der kommenden Jahre – international wie in unserer eigenen Gesellschaft – eher meistern, wenn wir wieder ein Stück Abstand halten – auch zu unseren eigenen Betroffenheiten oder Sorgen. Wenn wir uns nicht so furchtbar aufregen, sondern sagen: Wir geben uns Mühe. Wir wissen: Alles ist begrenzt. Wir wissen nicht, was morgen ist. Ich muss dazu sagen: Das Schlimmste, was uns angetan werden könnte, wäre uns wissen zu lassen, was nachher ist: menschliches Leben, bei dem wir wüssten, was kommt. Es wäre furchtbar, wenn es vorhersehbar wäre. Wir würden es ganz sicher nicht ertragen – so wie wir sind. Deswegen sollten wir gar nicht klagen, sondern sollten dankbar sein. Es geht ja immer weiter.

Ich werde manchmal gefragt, wie es ist, nach einem Attentat auf einmal auf einen Rollstuhl angewiesen zu sein. Dann sage ich immer: Na gut, jeder macht seine Erfahrungen im Leben. Von einer Sekunde auf die andere ist es ganz anders. Dann macht man die Erfahrung, dass es weitergeht und dass es oft auch ganz anders weitergeht, als man sich das vorgestellt hätte. Ich hätte mir vorher nicht vorstellen können, im Rollstuhl zu leben. Ich sage heute ganz ruhig: Ich bin kein besserer Mensch dadurch geworden. Ich bin auch nicht weniger glücklich, sondern es ist anders. Aber das Eigentliche ist: Es ist uns geschenkt, zu Rande zu kommen mit

dem was geschieht. Und das hat nach meiner Überzeugung mit dem Unverfügbaren zu tun.

Ich komme zu meiner letzten Bemerkung, die ich gerne machen möchte: Wir wissen ja, dass wir mit Menschen unterschiedlichen Glaubens zusammenleben – und wir wollen das auch. Wir haben unsere Überzeugungen, jeder die seine, aber wir wollen mit anderen zusammenleben. Wir wissen, dass das – wenn wir es richtig machen – eine vielfältige Bereicherung für jeden ist – auch für uns selbst. Und deswegen ist eine freiheitliche Ordnung die richtige Ordnung. Nur am Rande: Richtig verstandene Freiheit heißt dann auch, dass man genau unterscheidet, was man eigentlich von der Politik und vom Staat erwartet und wovon Staat und Politik die Finger lassen sollen.

Ich glaube zum Beispiel, dass es notwendig ist, Religionsunterricht zu erteilen – auch in den Schulen. Ich halte das für unverzichtbar. Nicht damit es auch in Zukunft noch Katholiken und Protestanten gibt, sondern weil unser Staat und unsere Freiheit auf Grundlagen beruhen, die in religiöser Bindung wurzeln, und dieser Staat im eigenen Interesse verpflichtet ist, dies weiter zu vermitteln. Er handelt daher nicht großzügig gegenüber den Kirchen, wenn er sagt: Ihr dürft Religionsunterricht geben. Sondern er düngt den Boden, auf dem die Freiheitsordnung des Staates zukunftsfähig bleibt. Deswegen ist der Religionsunterricht richtig. Aber genauso richtig ist es, dass ihn der Staat nicht selber gibt, sondern dass ihn die Kirchen geben. Denn der Staat kann die Kirchen bei dieser Aufgabe nicht ersetzen.

Die Politik darf nicht glauben, dass sie alles kann, sondern muss wissen, wovon sie die Finger lassen muss. Die Zwei-Reiche-Lehre sagt, dass es Dinge gibt, die wir mit weltlichen Mitteln nicht regeln dürfen, sondern ertragen müssen. Ich bin dafür, dass wir ertragen, dass Karikaturen gedruckt werden, die uns nicht gefallen. Es ginge schief, wenn wir jetzt anfangen würden zu regeln, welche gedruckt werden dürfen und welche nicht. Aber das heißt natürlich nicht, dass wir unsere Meinung gar nicht mehr sagen oder keinen Standpunkt mehr einnehmen. Freiheit gedeiht nur dann, wenn jeder – im Respekt vor anderen Überzeugungen und vor dem Glauben anderer – seinen Glauben lebt und dafür eintritt. Sonst kommt wieder die Beliebigkeit, bei der dann am Ende alles verloren geht.

Und deswegen ist es wichtig, dass wir um der Freiheit, der Offenheit und Toleranz willen für das eintreten, was wir für richtig halten. Deswegen müssen wir auch in Debatten wie beispielsweise dem Karikaturenstreit den Menschen, die zu uns gekommen sind oder zu uns kommen wollen, sagen: Wenn ihr hier in Europa lebt, müsst ihr unser Verständnis von Freiheit kennen, das wir uns über die Jahrhunderte mit vielen Irrungen erworben haben. Das bedeutet, dass man manche Zumutungen aushalten muss. Und wenn ihr nicht glaubt, dass ihr diese Zumutungen aushalten könnt, überlegt es euch vorher. Wir glauben, dass Frauen und Männer wirklich gleichberechtigt sind und dass Frauen genauso an Bildungschancen teilhaben müssen. Und deswegen schicken wir die Mädchen genauso wie die Buben in die Schule – auch in den Sportunterricht und auf Klassenfahrt. Wenn ihr das nicht wollt, weil ihr eine andere Überzeugung habt – die wir zwar in ihrer Andersartigkeit respektieren, aber nicht teilen –, überlegt es euch, ob ihr hier sein wollt. Wenn ihr hier seid, müsst ihr mit uns leben. Und wir können auch nicht nur nebeneinanderher leben. Wir müssen schon miteinander leben, weil sonst die Gemeinschaft verloren geht.

Wenn wir selber unsere Überzeugungen nicht leben, wenn wir nicht Zeugnis geben und uns nicht bekennen, dann geht die in Werten wurzelnde Grundlage unserer Freiheitsordnung verloren. Das betrifft auch diejenigen, die durch unsere Toleranz hier zum Teil besser geschützt werden als dort, wo sie herkommen. Der vor kurzem verstorbene frühere Bundespräsident Johannes Rau hat einmal bei einem Besuch in der Türkei in einer sehr eindrucksvollen Weise gesagt, dass es ihm in seinem eigenen Land leichter fallen würde, für Toleranz gegenüber Muslimen einzutreten – und er hat das ja immer getan –, wenn er in der Türkei ein bisschen mehr Toleranz gegenüber Christen sehen würde. Die Toleranz, die wir gegenüber anderen praktizieren und die wir wollen, geht verloren, wenn wir selber nicht für unsere Überzeugungen eintreten.

Am Ende soll man mit dem Zitat eines Klügeren schließen, und deswegen möchte ich gerne den Freiburger Verfassungsrechtler und früheren Verfassungsrichter Ernst-Wolfgang Böckenförde zitieren. Von ihm stammt der Satz: „Der freiheitliche Verfassungsstaat lebt von Voraussetzungen, die zu schaffen er selbst nicht in der Lage ist.“ Das ist der Satz, den alle in diesem Zusammenhang zitieren. Der ist auch wirklich zeitlos gut. Aber der Satz geht bei Böckenförde weiter, denn er hat diesen Satz ja

gesagt, um die Bedeutung von Religion für freiheitliche Politik zu begründen. Böckenförde setzt in diesem Zusammenhang fort, dass die Christen diesen Staat in seiner Weltlichkeit nicht als etwas Fremdes, ihrem Glauben Feindliches erkennen sollen, sondern als die Chance der Freiheit, die zu erhalten und zu realisieren ihre Aufgabe ist.

Wenn es richtig ist – meine Überzeugung jedenfalls ist es –, dass unser christlicher Glaube eine gute Grundlage ist für eine nachhaltige Ordnung von Freiheit, Menschenwürde, Gemeinschaftlichkeit und Gerechtigkeit, dann sollten wir uns für diese Ordnung auf der Grundlage unserer Überzeugungen auch engagieren. Mit dem Wissen, dass es so ist, ist nichts getan. Wir müssen dafür eintreten. Wir müssen uns dazu bekennen und versuchen, es zu leben. Je besser wir das tun, umso mehr nutzen wir uns selbst und anderen. Denn das ist die Chance von Freiheit und Toleranz: dass das, was anderen nützt, am Ende vielfach auch uns selbst zugute kommt.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen für die bevorstehende Passionszeit alles Gute und bedanke mich für das Vergnügen, heute eine Aschermittwochsrede halten zu dürfen, die mir mehr Freude gemacht hat, als diejenigen, die im Fernsehen übertragen werden.